

Bundesbürger möchten sich politisch beteiligen, vor allem aber mitentscheiden

Aktuelle Umfrage: Großes Interesse der Deutschen an mehr politischer Mitwirkung – Wenig Verlangen nach Engagement in Parteien und Institutionen – Verbreitete Skepsis gegenüber dem politischen Bekenntnis zu mehr Mitbestimmung

Die Bundesbürger würden sich weitaus stärker politisch engagieren und sich bei politischen Entscheidungen mehr einbringen, wenn man sie nur ließe oder wenn sie das Gefühl hätten, Dinge wirklich mitentscheiden zu können. Gleichzeitig glaubt aber die große Mehrheit der Deutschen, dass die Politik es mit ihrer neuerdings bekundeten Bereitschaft zu mehr Bürgerbeteiligung bislang nicht wirklich ernst meint. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Befragung der Bertelsmann Stiftung über die Bereitschaft zu klassischen und neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Auch wenn zurückgehende Zahlen in der Wahlbeteiligung oder der Mitgliedschaft in Parteien anderes nahelegen, die Bundesbürger haben sich weder aus der Politik verabschiedet, noch wollen sie mit politischen Entscheidungen nichts mehr zu tun haben. Im Gegenteil, wenn sie gefragt werden, bekundet eine große Mehrheit weiterhin durchaus Lust am Mitmachen und Sich-Einmischen. Entscheidend aber ist, ob sie dabei Entscheidungen wirklich beeinflussen können und in welchen Formen die Beteiligung erfolgt. Immer weniger angesagt sind dabei inzwischen Mitmach-Klassiker“, wie Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Parteimitgliedschaften. Aber auch neue Formen der Online-Beteiligung sind bislang nur attraktiv für qualifizierte Minderheiten.

Klassiker der Bürgerbeteiligung

Alles andere als überholt ist nach dieser Befragung das Urprinzip der demokratischen Mitwirkung: die Wahl. So erklären 86 Prozent der Deutschen, dass sie bereits einmal an politischen Wahlen teilgenommen haben, für weitere 8 Prozent kämen sie in Frage; nur 5 Prozent schließen für sich Wahlen kategorisch aus.

Erfahrungen mit politischer Beteiligung haben viele Deutsche darüber hinaus nach eigenem Bekunden offenbar mit Bürgerversammlungen gemacht. So sagen 30 Prozent, sie hätten bereits einmal an einer entsprechenden Versammlung teilgenommen, weitere 34 Prozent können sich eine Teilnahme vorstellen. Nur für etwas mehr als jeden Dritten käme sie nicht in Frage (36 Prozent).

Auf wenig Interesse und entsprechende Beteiligung stoßen dagegen in der deutschen Bevölkerung vielfach bekannte Formen der politischen Beteiligung. Für fast 70 Prozent der Deutschen ist die Mitgliedschaft in einer Partei oder in einer Bürgerinitiative tabu. Allerdings hat etwa jeder Zehnte damit bereits eigene Erfahrungen gesammelt und für knapp 20 Prozent käme sie vielleicht in Frage.

Dies gilt auch für die aktuell in der SPD diskutierte Form der Beteiligung von Nicht-Mitgliedern. Die Frage, ob sie sich vorstellen können, in einer Partei mitzuarbeiten, ohne Mitglied zu sein, um zum Beispiel den Spitzenkandidaten mitzubestimmen, verneinen 67 Prozent; nur 27 Prozent können sich das vorstellen.

Und auch die Mobilisierbarkeit der Bürger für politische Demonstrationen ist in einer Demokratie offenbar ebenso begrenzt. Zwar erklären 27 Prozent, sie hätten bereits eigene Demo-Erfahrungen gesammelt, und weitere 19 Prozent eine potenzielle Bereitschaft dazu, aber mehr als die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) halten sich von entsprechenden Kundgebungen grundsätzlich fern.

Wenig attraktiv ist auch die Vorstellung, als sachkundiger Bürger in einem Parlament mitzuwirken. Für 72 Prozent kommt dies nicht in Frage, jeder vierte aber kann sich das für sich vorstellen.

Von einem Teil der politischen aktiven Bevölkerung offenbar genutzt oder interessiert verfolgt sind klassische Formen der Beteiligung, wie der direkte Kontakt zu ihren Abgeordneten und Vertretern, Meinungsbekundungen per Leserbrief oder die Mitgliedschaft in einem Interessenverband. Immerhin etwa 15 Prozent der Befragten nehmen auf diese Weise an politischen Willensbildungen und Entscheidungen teil, und fast 40 Prozent können sich dafür erwärmen.

Den meisten Deutschen noch fremd ist die politische Beteiligung in Form von Zukunftswerkstätten oder Bürgerforen. Hier können sich bislang 60 Prozent noch nicht vorstellen mitzuarbeiten. Immerhin 35 Prozent hätten daran Interesse, und 4 Prozent haben nach eigenem Bekunden bereits Erfahrungen damit gemacht.

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Besonders stark nachgefragt und wünschenswert sind bei den Bürgern offensichtlich Formen der Beteiligung, bei denen konkrete Sachentscheidungen unmittelbar beeinflusst werden können. So sagen 67 Prozent der Deutschen, sie würden gern an Bürgerbegehren oder Volksentscheiden teilnehmen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Jeder Zehnte gibt an, bereits an solchen Begehren teilgenommen zu haben. Nur 21 Prozent zeigen sich an Möglichkeiten der direkten Demokratie nicht interessiert.

Ähnlich groß ist das Interesse an Bürgerbefragungen bei bedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa Bauprojekten. 52 Prozent würden bei derartigen Projekten gern unmittelbar mitentscheiden, nur 29 Prozent sind daran uninteressiert.

Neugier und Beteiligungsinteressen bekunden die Deutschen auch an sogenannten Bürgerhaushalten. Dabei können Bürger einer Kommune über die Verwendung eines Teiles der Finanzmittel ihrer Stadt unmittelbar mitentscheiden. Auch hier sagt fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent), dass sie an solche Entscheidungen schon einmal mitgewirkt habe oder gern mitmachen würde.

Bürgerbeteiligung und Internet

Möglicherweise in der öffentlichen Diskussion bislang überschätzt werden dagegen die neuen Formen der Meinungsbildung und Bürgerbeteiligung über das Internet. Offensichtlich sind diese Formen der Beteiligungsmöglichkeit nur für eine qualifizierte

Minderheit begehrt. Fast die Hälfte (48 Prozent) lehnt Online-Befragungen für sich ab, und ebenso viele (54 Prozent) sind nicht für Abstimmungen im Internet zu haben. Sogar knapp 60 Prozent würden sich nicht an elektronischen Petitionen an Parlamente oder Abgeordnete beteiligen, und mehr als zwei Drittel (67 Prozent) würden keine eigenen Beiträge in Blogs oder Internet-Foren verfassen.

Beteiligungswunsch generell weit verbreitet

Die aktuelle Befragung bestätigt und vertieft eine Erhebung der Bertelsmann Stiftung die im März veröffentlicht wurde: Dabei hatten sich 81 Prozent der Bundesbürger grundsätzlich für mehr politische Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten ausgesprochen. 60 Prozent hatten damals erklärt, sich auch über die Teilnahme an Wahlen an anderen Formen der Mitwirkung beteiligen zu wollen. Dieser Wunsch war in allen Altersgruppen gleichermaßen ausgeprägt und wuchs mit steigender Lebenserfahrung. Insbesondere aber forderten in der Gruppe der Nichtwähler fast 90 Prozent mehr Mitsprachemöglichkeiten. Anhänger der Grünen waren dabei tendenziell beteiligungsoffener als SPD-Anhänger, insbesondere aber gegenüber den Wählern der Unionsparteien.

Besser gestellt – stärker engagiert

Differenziert man die befragten Bürger nach soziodemographischen Merkmalen, so bestätigt sich die Beobachtung, dass eine Abhängigkeit zwischen dem Wunsch nach politischer Beteiligung bzw. dem Engagement und der sozialen Stellung besteht. So ist der Wunsch nach mehr Beteiligung tendenziell in den westdeutschen Bundesländern stärker ausgeprägt als in den ostdeutschen. Bei Männern größer als bei Frauen, bei Berufstätigen und Jüngeren ebenfalls größer. Und er wächst, statistisch betrachtet, mit zunehmendem Einkommen und besserer Bildung.

Skepsis gegenüber der Beteiligungseuphorie der Politiker

So groß der Wunsch nach Beteiligung auch ist, so groß ist auch die Skepsis der Deutschen gegenüber ihrer politischen Klasse, dass die Politik ihnen diese Forderungen auch in Zukunft gewähren wird. Denn den politischen Beteuerungen aus allen Parteien, zukünftig mehr politische Beteiligung zu ermöglichen, schenken die Bürger nur wenig Vertrauen. Dass die Politiker in Deutschland grundsätzlich mehr Mitbestimmung durch die Bürger wollen, glauben 76 Prozent, diese wollten das nicht, nur 22 Prozent denken, die Politik habe dieses Motiv, und 71 Prozent glauben auch nicht, dass die Politik neue Formen der Bürgerbeteiligung zulassen möchte.

Fazit:

Aus Sicht der Bertelsmann Stiftung bestätigt diese Befragung den sehr stark ausgeprägten Beteiligungswunsch einer breiten Öffentlichkeit und der Bürger. Darüber hinaus kann sie die hohe Bereitschaft für mehr politisches Engagement ein Stück besser quantifizieren und gleichzeitig für unterschiedliche Formen klassischer und neuer Beteiligung aufzeigen.

So bestehen zwar nach wie vor ungehobene Potenziale, um Bürger in klassische Formen des politischen Engagements und der Beteiligung, wie etwa in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen einzubinden. Allerdings beschränkt sich dies auf nicht mehr als ein Fünftel der aktiven Bevölkerung. Dies gilt auch für partielle oder punktuelle Parteimitgliedschaften.

Neue Formen der Beteiligung, bei denen sich die Bürger mit ihren Positionen, Erfahrungen und ihrem Sachverstand unmittelbar einbringen können, sind dagegen für einen größeren Teil der Bevölkerung deutlich attraktiver: Für Bürgerforen, elektronische Petitionen, Internet-Abstimmungen, Zukunftswerkstätten oder Bürgerversammlungen liegt das Beteiligungspotenzial bei bis zu 50 Prozent.

Die höchste Attraktivität zur politischen Beteiligung sehen die Bürger allerdings in Formen unmittelbarer Demokratie und Mitentscheidung, wie Bürgerbegehren, Volksentscheide, Befragungen zu Infrastrukturprojekten oder etwa Bürgerhaushalten, bei denen die Bürger die Möglichkeit sehen, definitiv Einfluss auf Sachentscheidungen zu nehmen.

Um verloren gegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen und die politische Legitimation wieder herzustellen, sollte die Politik darüber nachdenken, die bisherigen Monopole der politische Meinungsbildung über die Parteien und Verbände hinaus zu erweitern sowie partielle Machtverlagerung aus den Parlamenten zu ergänzen – zugunsten von unmittelbaren Bürgerentscheiden.

Ergebnisse:

Bereitschaft zu mehr politischer Beteiligung

Die Bereitschaft zu mehr politischer Beteiligung in Prozent		
	Ja	Nein
Wünschen Sie sich mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger?	81	16
Wären Sie bereit, sich über Wahlen hinaus an politischen Prozessen zu beteiligen?	60	39
Glauben Sie, dass die Politiker grundsätzlich mehr Mitbestimmung durch die Bürger wollen?	22	76

Welche Formen von politischer Beteiligung werden von den Bürgern praktiziert und sind für sie erstrebenswert? Welche kommen nicht in Frage?

Form der Beteiligung	Habe ich schon einmal gemacht oder käme für mich in Frage*	Kommt für mich nicht in Frage*
Teilnahme an Wahlen	94	5
Volksentscheide-Bürgerbegehren	78	21
Abstimmung über Infrastrukturprojekte	68	29
Teilnahme an einer Bürgerversammlung	64	36
Mitgliedschaft in einem Interessenverband	55	44
Schreiben eines Leserbriefes	55	45
Beschwerde/Eingabe bei Abgeordneten	54	45
Online-Umfrage im Internet	51	48
Beratungen über kommunalen Bürgerhaushalt	47	52
Teilnahme an einer Demonstration	47	53
Abstimmung über bestimmte Fragen im Internet	45	54
Elektronische Petition	39	58
Teilnahme an einem Bürgerforum / Zukunftswerkstatt	39	60
Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative	34	65
Mitwirken in Partei ohne Mitgliedschaft	33	67
Verfassen von Beiträgen in Internet-Foren/Blogs	32	67
Mitgliedschaft in einer Partei	30	69
Einsatz als sachkundiger Bürger in einem Rat	27	72

*Angaben in Prozent